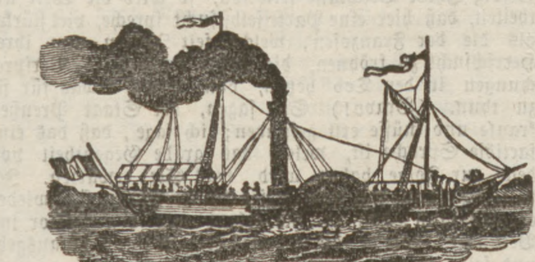
# Danziger Dampfboot.

**№ 284.** **1863.**

**Freitag, den 4. December.** **34ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 2. December.
Gutem Vernehmen nach bestehen Oesterreich und Preußen auf Bundesexecution in Holstein. Die übrigen im Schleswig-Holsteinischen Ausschusse vertretenen Regierungen wollen die Occupation. Nächste Bundestagssitzung künftigen Sonnabend.

Bremen, 2. December.
Ein so eben gefaßter Beschluß der Bürgerschaft fordert den Senat auf, beim Bunde, nach Kräften für Anerkennung und Verwirklichung der Rechte der Herzogthümer, vor Allem aber für Beschleunigung der Action des Bundes zu wirken.

München, Donnerstag 3. December.
Ein von heute früh datirtes Telegramm aus Rom meldet, daß der König Max unmittelbar nach München zurückkehren werde.

Paris, Donnerstag 3. December.
Der heutige „Moniteur“ giebt einen Bericht über die Finanzlage. Fould schlägt die Conversion von 300 Millionen Franc schwebender Schuld in eine consolidirte Schuld vor, wodurch die schwebende Schuld auf 672 Millionen vermindert würde. Die Anleihe soll zur Auslösung der Schatzscheine verwendet werden.

## Schleswig-Holstein und die officielle Presse.

„Wilde Demagogie, welche sich mit patriotischer Begeisterung maskirt, das soll der Beweggrund zu dem Enthusiasmus sein, der für Schleswig-Holsteins Sache sich in allen Gauen Deutschlands kund thut. Von solchem soll das Ministerium sich nicht in das Schlepptau nehmen lassen.“ So sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, welche als ministerielles Organ bezeichnet wird. Bei Gott, diese Anschauung ist zu erbärmlich, um eine Widerlegung zu verdienen! Was sind es für Männer in Preußen, in Deutschland, deren ganzes Herz für die Sache der Leidensbrüder in Schleswig-Holstein schlägt? Sind das wilde Demagogen, die jetzt in der Kammer erklären, auch diesem Ministerium werden sie Geld geben, wenn es für die Rechte Schleswig-Holsteins eintritt — sind das wilde Demagogen, die jetzt den Krieg wünschen, weil sie die Ehre Deutschlands höher stellen, als ihr eigenes Interesse und das des preußischen Volkes? Sind es nicht gerade die gebildeten Klassen, unter welchen der größte Enthusiasmus herrscht, sind es nicht vorzugsweise die Reichen und Wohlhabenden, welche einen Frieden, der Deutschlands Ehre besudelt, verwünschen? Hat denn die „N. A. Z.“ keine Idee davon, daß es etwas Höheres giebt, als materiellen Gewinn und Stahl's Doktrin? — Hoffen wir, daß das Ministerium eine solche Anschauung, welche die Nation beleidigt, nicht theilt! Wir sind uns klar in dem was wir wollen und über die Konsequenzen. Wir wollen Preußen, wir wollen Deutschland groß und geachtet die Stellung einnehmen lassen, welche ihm unter den Nationen Europa's gebührt. Wir wollen kein Titelchen der Rechte, welche ein Deutscher Bruderstamm besitzt, geopfert wissen. Wir setzen dafür ein: unser Besitzthum, unsere materiellen Güter. Wir sind uns bewußt; daß unser Handel, der Hauptnerv unseres Wohlstandes, vernichtet werden kann, vernichtet auf lange Zeit — daß unsere Städte zerstört, unsere Ländereien devastirt, unsere Waaren verdorben, unsere Schiffe genommen werden können. Wer solche Opferfähigkeit nicht besitzt, der schweige und brüste sich nicht mit Deutschem Patriotismus! Mit Phrasen, wie sie die Berliner Versammlung des National-Vereins in die Welt schleudert, wird dieses Mal nicht gefochten werden; 60,000 Mann Dänen und vielleicht ebenso viel Schweden und Norweger werden nicht vor Turnern und Studenten ausreißen. Deutschland kann eine Million regulaire Krieger in die Schlacht schicken, man dränge also die Deutschen Regierungen, daß sie das Signal zum Marsche geben! Wenn, was Gott verhüten wolle, unsere Armeen geschlagen sind, wenn dann Seine Majestät wieder einen Aufruf an das Volk erläßt, der nicht von Bismark kontrasignirt sein wird, dann mögen Turner und Studenten, dann möge das gesammte waffenfähige Volk wie ehemals zum Schwerdte greifen! Vorher aber wollen wir diejenigen kämpfen lassen, deren Beruf es ist, zu kämpfen.

Leider feiert inzwischen der Bundestag blutige Ferien, — blutig, denn jeder Tag des Aufschubs wird mit Deutschem Blute aufgewogen werden müssen. An der Befestigung der Dannevirkestellung arbeiten täglich 1000 Dänische Mann, während der Bundestag darüber nachdenkt, ob die Deutschen Soldaten unter der Devise „Bundesexekution, Okkupation oder Krieg marschiren sollen. O Gott im Himmel sieh darein! — b —

## Landtag.

### Haus der Abgeordneten.

11. Sitzung. Mittwoch, 2. December.

Die Tribünen sind bei Beginn der Sitzung zwar ziemlich besetzt. — Am Ministertische Niemand. — Auch die Bänke des Hauses sind nur spärlich besetzt.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Nach den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen giebt der Präsident dem Hause von einem Antrage der Abgg. v. Carlowitz und Gen. Kenntniß, welcher dahin lautet: „Das Haus wolle beschließen, eine Commission von vierzehn Mitgliedern zur Prüfung der auf Grund der Verordnung vom 12. November 1855 von der königlichen Staatsregierung mit den vormals Reichsunmittelbaren abgeschlossenen Verträge niederzusetzen.“ Der Antrag ist durch Unterschriften bereits ausreichend unterstützt; das Haus beschließt auf Vorschlag des Präsidenten, denselben, wie einen ähnlichen in der vorigen Session eingebrachten, einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein; auf derselben steht die Fortsetzung der Debatte über die schleswig-holsteinische Frage. — Als erster Redner gegen den Antrag der Commission erhält das Wort:

Abg. Wagner (Neustettin): Er sei mit seinen Freunden überrascht gewesen, als er die Einbringung des Virchow'schen Antrages vernommen, dessen Kühnheit und Beweglichkeit er bewundert habe; erstaunt, dieselben Leute, die seit Jahren den Bundestag mit Spott und Hohn überhäuft, jetzt als Paladine desselben auftreten zu sehen, vielleicht um durch Majoritätsbeschlüsse desselben den Großmachtskitzel Preußens austreiben zu lassen, dieselben Leute, die über die Menge der kleinen Fürsten stets gelächelt, in Begeisterung dafür versetzt zu sehen, die Zahl derselben noch um einen neuen zu vermehren; am meisten erstaunt aber darüber, dieselben Leute, welche stets auf die Volkssouverainität gepocht, jetzt als Ritter der Legitimität mit eingelegter Lanze auf den Kampfplatz reiten zu sehen. (Bravo rechts, Gelächter links.) Es habe ihn dies Auftreten gleich mit Mißtrauen gegen den Commissionsantrag erfüllt, noch ehe er gestern den von Stuttgart her bekannten Löwen gehört habe. (Der Präsident unterbricht hier den Redner, doch sind seine Worte unverständlich.) Er würde sich in dieser Beziehung mit den Antragstellern vereinigen können, wenn sie aus demselben Legitimitätsgrunde Alles das verwerfen könnten, was in den letzten Jahren geschehen: die Vertreibung der kleinen Fürsten und des deutschen Bundesstaates Oesterreich aus Italien, die Beraubung des päpstlichen Stuhls, die Wegnahme Neufchatels. Bis das nicht geschehen, könnte von seiner Seite die Frage der Legitimität nicht ernsthaft discutirt werden, bis dahin rufen wir Ihnen das Vincke'sche Wort zu: Bleiben Sie mir mit der Legitimität vom Halse. Den Antrag des Abg. Waldeck habe er freudig begrüßt, weil damit die von ihm vorausgesagte Spaltung zwischen der consequenten Demokratie und dem mehr oder weniger röthlich gefärbten Gothaerthum deutlich constatirt sei (Heiterkeit und Widerspruch links); er habe sich über den Antrag gefreut, weil er daraus gesehen, daß der Antragsteller um seiner Prinzipien willen selbst eine Inpopularität nicht scheue. Es verstehe sich von selbst, daß er und seine Freunde weder die Ziele, noch die Theorien des Abg. Waldeck in irgend einer Weise theilten. — Der Antrag, den er und seine Freunde gestellt, bedeute, daß sie bereit seien, auch jetzt wieder um diese Fahne sich zu schaaren, wenn der Ruf an sie ergehe. (Bravo der Conservativen; Zischen links.)

Während dieser Rede haben die Minister v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Roon, v. Selchow am Ministertische Platz genommen.

Abg. Dr. Jacoby: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat die Partei, der ich angehöre, wegen der Kühnheit und Beweglichkeit ihres Geistes bewundert. Ob diese Bewunderung eine aufrichtige ist, lasse ich dahin gestellt. Eins aber will ich ihm bezeugen, daß er den Geist unsrer Partei, den Geist seiner politischen Gegner sehr wenig kennt; bezeugen will ich ihm ferner, daß die Spaltung, die er in der Partei voraussetzt, seine Fiktion ist; bezeugen will ich ihm, daß die deutsche Fortschrittspartei völlig einig ist in ihrem Verhalten diesem Ministerium gegenüber. Wenn ich in der schleswig-holsteinischen Sache das Wort ergreife, so geschieht dies nicht, um den Commissionsantrag zn vertheidigen, oder zu bekämpfen, sondern nur um meine Stellung zu dem Antrage zn bezeichnen. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks und der Form läßt eine mehrfache Deutung zu. Ich halte mich daher für verpflichtet, hier auszusprechen, wie ich den Antrag verstehe und in welchem Sinne ich dafür zu stimmen entschlossen bin. Meine Herren, geben wir der Wahrheit die Ehre, sprechen wir es unverhohlen aus: das preußische Abgeordnetenhaus ist völlig außer Stande, den Brüdern in Schleswig-Holstein irgend eine wirksame Hülfe zu leisten. Sollten die Männer in Schleswig-Holstein sich auf die Hülfe deutscher Kammern und Fürsten, oder wohl gar auf die Hülfe des Bundestages verlassen, ihre Erwartungen würden gerade eben so, wie in den Jahren 1848 und 1849, getäuscht werden. Die Kammern werden berathschlagen und Anträge stellen, die Cabinete werden verhandeln und unterhandeln, werden diplomatisiren und hin und her Noten schreiben; — den Dänen aus Schleswig-Holstein zu vertreiben, dazu werden sie aus freien Stücken — sich nun und nimmer entschließen. — Ein Mittel giebt es, den Brüdern in Schleswig-Holstein wirklich wirksam zu helfen, und dieses eine Mittel kann mit den Worten Friedrich Wilhelm III. bezeichnet werden. Im Jahre 1813 sprach es König Friedrich Wilhelm III. aus: Unabhängigkeit und Volksehre werden nur gesichert, wenn jeder Sohn des Vaterlandes in den Kampf für Freiheit und Ehre eilt. Das deutsche Volk, Preußen voran, muß selbst aus eigenem, freiem Entschlusse eintreten für seine nationale Ehre und Unabhängigkeit. Ergreift das Volk in dieser Sache die Initiative, erhebt es sich Mann für Mann, wie einst vor funfzig Jahren, dann wird es die Regierungen mit sich fortreißen, dann wird der übermüthige Däne über die Grenzen des deutschen Vaterlandes zurückgetrieben und Schleswig-Holstein für immer von dem Joche der Fremdherrschaft erlöst werden. — So, meine Herren, verstehe ich die Schlußworte des Comm.-Antrages, also lautend: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen von Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Erbprinzen von Schleswig-Holstein anerkennen, und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.“

In diesem Sinne fasse ich den Antrag auf und in diesem Sinne werde ich dafür stimmen. (Lebh. Bravo.)

Abg. Groote entwickelt unter großer Unruhe des Hauses und unter dem wiederholten Rufe: „Lauter! Lauter!“, so wie unter viermaliger Unterbrechung durch den Präsidenten, seine Ansichten über den Character der vorliegenden Frage, deren Lösung dem gegenwärtigen Ministerium nicht anzuvertrauen, wie überhaupt von

demselben nicht zu erwarten sei. — Ein augenblickliches Vergessen des Zwiespalts, ein Liegenlassen des Kampfes würde nur zur unvermeidlichen Befestigung des reactionairen Regimentes führen. Den ganzen Sinn seiner Rede wolle er in den Wahlspruch zusammenfassen: „Hoch Schleswig-Holstein! Hoch Deutschland! Nieder mit dieser Regierung!“ (Unruhe. — Der Präsident läutet mit der Glocke und erklärt den letzten Ausdruck für unparlamentarisch.)

Abg. **Schulze** (Berlin): Die in der uns vorliegenden Frage gestellten Anträge sind der Form nach zwar sehr verschieden, aber diese Verschiedenheit fällt im Ganzen nicht zusammen mit einer Verschiedenheit der Stellung zur Sache an sich. Ueber den Antrag der Abgg. v. d. Heydt und Genossen kann ich mich sehr kurz fassen: er fordert uns auf zu unbedingter Zurdispositionsstellung der Landesmittel für unbekannte Zwecke, oder doch nur ganz allgemein zur Unterstützung deutschen Bundesrechts, und die Illustrationen, welche der Antrag heute durch den Abg. Wagener erhalten hat, haben es uns klar gemacht, daß es den Antragstelleru nicht um das Recht Schleswig-Holsteins, nicht um das Recht Deutschlands auf Schleswig-Holstein zu thun ist. Der Abg. Wagener hat mit Hohn darauf hingewiesen, daß in der Frage der Herzogthümer die liberale Partei sich sogar für Legitimität begeistere. Ich erwidere darauf: die liberale Partei wird stets für eine Legitimität einstehen, welche im Volke Wurzeln treibt, die conservative Partei aber zeigt, daß sie die Legitimität gerade da desavouiren will, wenn sie zusammenfällt mit den nationalen Interessen und Bestrebungen. (Sehr wahr!) Sie, meine Herren (zur rechten), ziehen sich zurück von der Legitimität des Herzogs von Augustenburg, weil dieser Eins sein will mit seinem Volke, weil er das alte Recht und die Verfassung seines Volks gelobt und mit seinem Eide garantirt. So etwas, sagen Sie, darf nicht geduldet werden. (Zustimmung links, Heiterkeit der Conservativen.) Wer, wie sie, es auszusprechen wagt, Stücke deutschen Landes seien unentbehrlich für einen fremden Staat, der nimmt sich selbst den Anspruch, in deutschen Interessen mitzureden.

So wenig davon die Rede sein kann, den Kampf um unsere Verfassungsentwicklung aufzugeben, ebenso wenig können wir auch deutsches Recht und deutsches Land dem Feinde preisgeben. Heißt das Politik treiben, einem um seine Existenz kämpfenden Theile unseres Volkes zu sagen: „Ihr da draußen, wartet ein wenig, bis wir unsere inneren Fragen zur Lösung gebracht?“ Und herrscht dort kein Theilnahme erweckender Kampf, wo wir täglich den Heldenmuth der Beamten, des Volkes sehen, die gegen die Gewalt so ehrenhaft und behaglich kämpfen, daß kein deutscher Volksstamm gewiß je mehr, kaum einer Gleiches geleistet hat? (Beifall.) Diese Kämpfer kommen zu uns um Hülfe, und wir wollen ihnen antworten, wir haben keine Zeit, wir wollen ihnen erst dann helfen, wenn nicht mehr zu helfen ist? Schon geht ein zorniger Kampfesmuth durch das ganze Land, und die preußische Volksvertretung sollte sich den Regierungen zugesellen, die diesen Volksmuth nur zu dämmen, sein Flamme zu löschen suchen? Wir dürfen nicht still sitzen, wenn ein Stück von unserem Leibe losgerissen wird. Ein Stück Deutschland opfern, heißt ein Stück Preußen opfern, und Schleswig-Holstein opfern heißt dem Landesfeind direkt den Weg in das Herz Deutschlands öffnen Zustimmung.) Der Abg. Jacoby hat darauf hingewiesen, daß wir nicht Armeen marschiren lassen könnten und unsere Macht nur gering sei: die Volksinitiative allein könne in dieser Sache helfen. Gewiß muß die Thätigkeit des Volkes das Beste thun, aber das Volk erwartet gerade von uns eine Kundgebung und daß wir ihm das Ziel und die Wege weisen. — Wir werden mehr für den Frieden gethan haben, wenn wir dafür sorgen, daß man vor Deutschland und seinem Festhalten am Recht Achtung hat, als wenn wir jetzt uns Unrecht anthun lassen. (Beifall.) Was wagt uns Dänemark, was namentlich England schon jetzt zu bieten! Dieses erkennt unser Recht nicht an, es begegnet uns mit schnödem Hohn, iudem es uns, die Unterdrückten als Unterdrücker darstellt, indem es uns den Rechtsbruch zuschiebt. Das deutsche Volk hat Akt zu nehmen von diesem Verfahren Englands. (Der englische Botschafter Sir A. **Buchanau** ist in der Diplomatenloge anwesend). Selbst Frankreich beobachtet im Vergleich mit England noch Anstand gegen Deutschland, es giebt unserer rechtlichen Erwägung Gehör, es verhöhnt uns nicht. Was England hierzu den Muth giebt, das zeigen uns die Vorgänge in Rußland, wo England gegen rohe Barbarei so gut wie nichts einzuwenden hat. Wenn sich Jemand wehrt, dann ist England rücksichtsvoll (Heiterkeit), uns aber, weil es glaubt, daß wir das Unrecht ruhig dulden, behandelt es mit Hohn. (Zustimmung.) Es wäre um das Ansehen dieses Hauses geschehen, wenn wir im deutschen und im eignen Lande unser Recht nicht wahren wollten (Sehr richtig!); wir können dem Aufflammen der nationalen Begeisterung nicht entgegentreten, da wir in ihm unsere Hauptstütze in den Verfassungskämpfen haben. (Sehr gut!) Verfassungsrecht und deutsche Unabhängigkeit gehören aufs engste zusammen und wir haben dafür zu sorgen, daß wir nach beiden Seiten hin auf unserm Posten sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Reichensperger**: Beim ersten Lesen der drei Anträge — des Virchow-Stavenhagenschen, des Waldeck'schen und des Schwerin'schen — habe er optima fide geglaubt, sie sagten dasselbe und seien nur abzuwägen nach der Klarheit und Correctheit des Ausdrucks. Und, füge er hinzu, da sei ihm der Stavenhagensche, der jetzige Commissionsantrag entschieden als der stärkste erschienen, als derjenige, welcher am meisten für Schleswig-Holstein beanspruche. Wie sei er nun enttäuscht, als er gestern wiederum die Parole gehört: „Gewehr bei Fuß!“, und abermals den Ausspruch, daß man dem jetzigen Ministerium keine Unterstützung gewähren, ihm nicht die Mittel anvertrauen könne, welche doch zur Durchführung der ihm gestellten Aufgabe erforderlich seien. — Die Befürworter des Commissionsantrages sprächen von „Bedingungen“, die sie gestellt hätten. Aber, meine Herren, Sie haben keine Bedingungen gestellt; das ist nicht richtig; lesen Sie ihren Antrag, wie die ganze Welt ihn lesen wird, dann werden Sie keine Bedingung herauslesen. Sie sagen, die Bedingungen lägen in den Motiven. Das kann nicht sein; das Motiv der Legitimität nehmen Sie als erwiesen an; die andern Motive können nicht Bedingungen sein, wenn jenes Thatsache ist. Sie halten weise Reden hier und wollen dann das schleswig-holsteinische Volk preisgeben, weil Ihre Bedingungen nicht erfüllt sind. (Sehr wahr! rechts.) Sie reden von Beistand, und all' Ihr Beistand soll in Reden bestehen. Wenn das aller Erfolg Ihrer Beschlüsse sein soll, so wird die Welt urtheilen, daß hier eine Parteiselbstsucht spreche, viel stärker als die der Franzosen, welche seit Jahren, um ihrer Herrschsucht zu fröhnen, die Polen durch leere Versprechungen in den Tod hetzen, ohne irgend etwas für sie zu thun. (Bravo!) Sie sagen, der Staat Preußen kranke und müsse erst gesunden; ich sage, daß das eine factiöse Sprache ist, welche das grade Gegentheil von dem zur Folge haben wird, was Sie erwarten. Ich stelle mir vor, daß auch dieser kranke Mann sich wieder erholen kann, daß er sich erhebt und den Doktor ins Bett legt, daß er die Büchse ergreift und hinausgeht und seine Schuldigkeit thut.

Die Politik des „Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß!“ das Accordiren der Bedingungen führe zum Ruin der Partei, die sie treibe, und zum Ruin des Landes. Er wisse wohl, daß die Geschichte selten die Menschheit belehrt habe. Es sei ein Mal gesagt worden: „die Geschichte belehrt selten die Völker, fast niemals der Staatsmänner, die sie machen, am wenigsten die Gelehrten, die sie schreiben“. Man sehe aber nur die Verschiedenheiten der Zustände ganz klar, nicht die Gleichheit der Ursachen. An englische und französische Vorbilder möge man sich halten; im englischen Parlament spräche man zwar viel, aber man hüte vor sich kategorischen Erklärungen, die „die Ehre fordert“. (Beifall rechts.)

Er werde also für den Heydt'schen Antrag stimmen der keineswegs ein Vertrauens-Votum sei. Er finde darin nur die Erklärung, daß man die Rechte der Herzogthümer schützen wolle. Sei das ein Vertrauens-Votum? Dann sei auch der Commissions-Antrag ein solches. Durch Annahme des Heydt'schen Antrages verpflichte man sich nicht, sondern halte sich und der Landesvertretung die weitere Entschließung offen, man sage nur, die Regierung soll unterstützt werden in der Wahrung der Rechte des deutschen Bundes. Glaube man denn wirklich, daß der Bund so rasch über alle Berge hinaus gehen werde? (Heiterkeit!) Mit Annahme des Antrags stimme er aber keineswegs für die Motive des Herrn Wagner. Nicht um das schwarz-weiße Banner, sondern nur um das schwarz-roth-goldene handle es sich, das sage der Antrag mit dürren Worten. Der Bund werde den dänischen Gesandten nicht zulassen und Holstein und Lauenburg als litigiose Sache betrachten. Gehe das mit Schleswig nicht auch an, so sei der Grund eben der, das Schleswig nicht deutsches, sondern dänisches Lehn sei. Dann theile man übrigens nur das Schicksal des großmächtigen Autokraten an der Seine, der auch nur das bekomme, was er könne. Er sehe denselben, beiläufig bemerkt, lieber uns grollen und drohen, als uns coquettiren. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Bund in dieser Weise handelt, er das deutsche und das preußische Volk hinter sich haben wird, ungeachtet aller Reservation und parlamentarischer Debatten! (Bravo rechts!)

Hierauf spricht der Abg. v. **Vinke** (Olbendorf). Da die Rede desselben erhebliche thatsächliche Mittheilungen enthält, werden wir in der nächsten Nummer ihren Wortlaut bringen.

Ein vom Abg. Graf **Haake** eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen; als nächste Redner werden präcludirt: Graf Bethusy-Huc (gegen) und Stavenhagen (für den Commissions-Antrag.) — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. v. **Bunsen**: Ich denke, das hohe Hans wird auch einmal ein Auge zudrücken und denken, daß daraus nicht leicht eine Präcedenz entstehen wird, wenn ein Mitglied dieses Hauses sich zu einer persönlichen Bemerkung meldet mit diesem Wunsche, eines ihm überaus theuren Vaters zu gedenken. Ich habe die Worte, die der Abg. für Bochum gestern über den Antheil meines Vaters an dem vorliegenden Vertragswerke gesprochen hat, zwar mit tiefem Schmerze, zugleich aber mit tiefem Danke angehört. Es wird ihm nicht unlieb sein, wenn ich aus allernächster Kenntniß seine Schlußfolgerung bestätige. Es ist vollständig war, daß mein Vater vom ersten Aufleuchten des russisch-türkischen Krieges an sein Alleräußerstes daran gesetzt hat, um Preußens Betheiligung am Kampfe an der Seite der Westmächte herbeizuführen und zwar gerade deshalb, weil er die weitausgehenden Pläne Rußlands und den starken Druck, welchen Rußland auf unsere inneren und äußeren Beziehungen ausübt, besser als irgend ein Anderer erkannte und zugleich mit seinem Herzblute, d. h. mit Unterzeichnung des Londoner Vertrages, diese Erkenntniß besiegelt hat. Ueber diese Unterzeichnung erlauben Sie mir ein kurzes, schlichtes Wort der Wahrheit zu sagen. Die Prämissen der Unterzeichnung, das stehe ich keinen Augenblick an als meine Meinung auszusprechen, beruhten auf einer irrthümlichen Ansicht. Mein Vater urtheilte über die Machtstellung Preußens nach dem Fall von Ollmütz meiner Ansicht nach zu geringe, als er meinte, daß Preußen dem Andringen Europa's auf Beitritt zu diesem Vertrage auf die Länge allein nicht widerstehen könne. Aus diesem Grunde widersetzte er sich den übrigens ganz und gar in Berlin geführten Verhandlungen von London aus nicht in dem Maße, als er, obwohl er nur Gesandter war, wohl seiner Stellung nach hätte thun können und unter andern Umständen auch gethan hätte. Als aber die Frage an ihn herantrat, ob er mit derselben Hand, welche die Unterhandlungen zu Gunsten der Rechte der Herzogthümer zwei Jahre lang in unsäglicher Arbeit, aber mit einer freudigen Erregtheit ohne Gleichen geführt hatte, dieses bubenhaft ausgedachte Werk (Hört, hört!) unterzeichnen sollte, da hat er sich gesagt, es sei besser, daß er diese Last trage als sein geliebter König, welcher ihm Jahre lang enge Freundschaft geschenkt und dessen Vater ihm, den Fremdling, zuerst in sein Vertrauen und in wichtige Stellungen gesetzt hatte. Und an dieser Stelle muß ich, um nicht ungerecht zu werden, noch besonders hinzufügen, daß der König Friedrich Wilhelm VI. seinerseits dem Andringen Rußlands und der im russischen Solde wirkenden Kräfte (Hört, hört!) lange widerstanden, daß er bis zum letzten Augenblicke der Unterzeichnung dahin gestrebt hat, außer dem Art. 3, welcher die Bundesrechte wahrte, auch noch eine Fassung hineinzubringen, welche die Gültigkeit der Unterschrift Preußens vom Beitritt des deutschen Bundes abhängig gemacht haben würde. (Hört, hört!) Ich erinnere mich noch manchen Wortes aus dem Munde meines Vaters, namentlich eines Ausdruckes: „der erste Kanonenschuß in Europa wird dieses Machwerk vernichten“, und wie wahr seine Berechnungen gewesen sind, werden die geheimen Geschichten der Jahre 1853 und 54 ins hellste Licht setzen. Unsere Nachkommen werden es wissen, daß Preußen um den Preis seines Beitrittes zu dem Bündnisse der Westmächte gegen Rußland beim Beginne des Krim-Krieges die Ordnnng der Frage der Herzogthümer im nationalen Sinne hätte erhalten können. (Hört! Hört! — Sensation), also dasselbe, was wir in unserer heutigen Resolution fordern. — Für den Augenblick aber hat mein Vater sich mit einer klaren Alternative getröstet. Entweder der Vertrag wurde perfect; der Vertrag ist, wie ich Keinem von Ihnen zu sagen brauche, der den Wortlaut des Vertrages kennt, wesentlich provisorischer Natur und das setzt voraus eine Zustimmung der schleswig-holsteinischen Stände, diese wiederum eine Pacification der Gemüther in den Herzogthümern, und damit etwas, was in dem Augenblicke als das Beste erschien, was zu erlangen war. Oder der Vertrag wurde nicht perfect, wurde hinfällig, und in dem Falle befinden wir uns jetzt. Der letzte Augenblick in welchem seitens Preußens die Hinfälligkeits-Erklärung ausgesprochen werden konnte, war der Augenblick, wo jener König die Augen schloß, welcher in dem Vertrage von 1852 erklärt hatte, er wolle seine Erbfolge in seinem Staate dergestalt festsetzen, und auf dessen Worte hin die hohen contrahirenden Theile jene Aenderung der Erbfolge festsetzten. In diesem Augenblick war Preußen in der Lage, den Vertrag zu zerreißen, und ich glaube, wir haben Grund, uns in diesem Punkte zu beklagen, daß seit jenem Augenblick vierzehn Tage vergangen sind, und er ist nicht zerrissen. (Hört! hört!)

Abg. Graf **Bethusy-Huc** erklärt, daß er den Antrag des Abg. v. Vincke mit seiner Namensunterschrift versehen habe; da in demselben aber von verschiedenen Seiten ein indirectes Mißtrauensvotum gegen die Regierung gefunden worden sei, so bemerke er, daß er sich nur zu den Worten desselben bekannt und nichts unterschrieben habe, was nicht in den Worten des Antrages stehe. Es sei ihm nicht in den Sinn gekommen, dem Ministerium die Mittel zu verweigern, und deshalb werde er in erster Linie für den Antrag v. d. Heydt und erst in zweiter Linie für den Commissionsantrag stimmen.

Ministerpräsident v. **Bismarck**: Ich bin nur durch die persönliche Bemerkung des Hrn. Abg. v. Bunsen zu einer kurzen Aeußerungen meinerseits veranlaßt worden; ich glaube einen thatsächlichen Irrthum, dessen er meiner Ansicht nach sich schuldig gemacht hat, berichtigen zu müssen. Der Hr. Abg. hat gesagt, daß in den Jahren 1853 und 54 der königl. Regiernng angeboten worden sei, wenn sie sich an dem Bündnisse der Westmächte betheiligen wolle, würden die schleswig-holsteinschen Verhältnisse im nationalen Sinne geordnet werden. Der Hr. Abg. hat nicht näher bezeichnet, von wem und an wen ein solches Anerbieten gemacht worden sein sollte. Ich bin zwar zu jener Zeit nicht Minister gewesen, aber doch, wie ich glaube, hinreichend vertraut mit den damals gepflogenen Verhandlungen, um diese Anführung des Hrn. Abg. als einen Irrthum bezeichnen zu können.

Abg. Graf **Czieskowski**; Er und seine Freunde trügen Bedenken, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, weil sie dem deutschen Bunde gegenüber Fremdlinge seien. Sie könnten nicht darüber abstimmen, was die „Ehre Deutschlands“ verlange. — Der Präsident unterbricht den Redner, worauf derselbe die Tribüne verläßt.

Abg. v. **Bunsen**: Ich versichere dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß die von mir ausgesprochene Behauptung vollständig richtig ist. Während die Verhandlungen in den Jahren 1853 und 54, welche mehrmals den Anschein hatten, als sollten sie gelingen und einen Anschluß an die Westmächte im Krimmkriege herbeiführen, ist von Seiten einer der Westmächte das ausdrückliche Anerbieten gemacht worden, daß um den genannten Preis die Ordnung der Frage der Herzogthümer im nationalen Sinne Preußen überlassen werden würde.

Minister-Präsident v. **Bismarck**: Ich muß meine vorher ausgesprochene Ansicht, daß die Thatsachen sich nicht so verhalten, aufrecht erhalten wenigstens dahin, daß der Königl. Regierung irgend eine confidentielle, dahinzielende glaubwürdige Mittheilung nicht zugegangen ist. Ich kann die Negative nicht beweisen, ich erwarte von dem Herrn, der die Behauptung aufstellte, den Beweis der Affirmation.

Abg. Dr. **Virchow**: Nachdem er mit Aufmerksamkeit alle Redner angehört und ihre Einwände verfolgt, sei er noch mehr als vorher von der Correctheit des Commissionsantrages überzeugt. Er habe allerdings das Bewußtsein, daß der Antrag nach Außen hin wenig genügen werde. Die Schleswig-Holsteiner und das übrige Deutschland erwarteten mehr von dem preußischen

Abgeordnetenhause. Aber was erwarteten sie denn? Daß das Abgeordnetenhaus entweder mit dieser Regierung vorwärts ginge oder diese Regierung stürzte, also unmittelbar handle. Das könne das Abgeordnetenhaus nicht, und so spiegle sich denn die Schwäche der Situation in dem Antrage der Commission allerdings wieder. Wenn sich die Herren (auf die Conservativen deutend) über dieses Anerkenntniß freuten, so wolle er es ihnen gern ausdrücklich attestiren. (Heiterkeit). Die Situation werde noch unklarer durch das Verhalten der Regierung. Der Ministerpräsident habe gestern Namens der Regierung eine Erklärung vorgelesen, ohne weiter an den Verhandlungen Theil zu nehmen, ohne irgendwie seinen Einfluß zur Verständigung anzuwenden. Alles, was nach dem verlesenen Promemoria in sicherer Aussicht stehe, sei die am Schluß angekündigte Vorlage. Alles Andere sei unsicher, und man wisse nicht, wie die Regierung vorgehn wolle. Der Redner schließt unter Berufung auf eine von Stahl im Herrenhause gehaltene Rede, daß die Ehre des verstorbenen Königs, die Ehre namentlich der preußischen Armee, welche in dem Jahre 1848—1849 gegen Dänemark verpfändet und durch das Londoner Prototoll geschändet sei, die Aufhebung dieses Protokolls verlange. Er habe keine Sorge für die preußische Armee, daß sie nicht siegreich den Kampf bestehen würde, er hege auch nicht die Sorge daß sie zurückkehren könnte, um gegen die Verfassung gebraucht zu werden; vielmehr würde durch diesen Kampf der Armee für die deutschen Herzogthümer der reactionairen Partei eine vielleicht unbegründete Hoffnung auf das Heer entzogen werden. Die Landesvertretung habe immer die Pflicht, das Beste zu thun, das in ihren Kräften stehe: im vorliegenden Falle stimme dies Beste überein mit den eigenen Wünschen der Schleswig-Holsteiner. Die Einigkeit, welche man dort zwischen Volk und Fürst sehe, sei Bürgschaft, daß dieses Haus die Bildung guter Zustände nach Kräften befördern würde und die Proclamation des Herzogs gebe Gewähr, daß hier der Boden für eine gesunde constitutionelle Verfassung gewonnen sein würde. (Beifall. Während dieser Rede hat der Abg. v. Unruh den Vorsitz übernommen.)

Abg. **Twesten** citirt (gegen die Ansicht des Ministerpräsidenten) zunächst Heffter's Lehrbuch des Völkerrechts und die von diesem citirten Völkerrechtslehrer dafür, daß, wenn ein Theil den geschlossenen Vertrag nicht halte, unbedenklich auch der andere contrahirende Theil sich davon lossagen könne. Dennoch wolle die Staatsregierung bei dem Londoner Vertrag stehen bleiben. Er fürchte, daß dann im besten Fall nur Holstein noch zu retten, im minder günstigen auch dieses verloren gehen werde. Dann werde durch unsere und Deutschlands Hülfe Schleswig-Holstein jedenfalls bei Dänemark zu bleiben gezwungen, vielleicht unter anscheinend milden Bedingungen, die sicherlich so wenig gehalten werden würden, als die früheren. — Das Recht des deutschen Bundes, in Schleswig mitzusprechen, stütze sich nicht auf das Londoner Protokoll, sondern sei — wie Redner durch Berufung auf eine Reihe von historischen Aktenstücken darthut — viel älter. Auch Art. 37 der Wiener Schlußacte nöthige den Bund, sich damit zu befassen. — Der Referent wendet sich sodann gegen die Einwendungen der Abgeordneten Dr. Waldeck und Wagener in Betreff der Bevölkerungsverhältnisse in Schleswig und weist aus den officiellen dänischen Tabellen, indem er die „gemischte" Bevölkerung 82,000 den Deutschen zuzählen zu können meint, nach, daß 246,000 Deutsche und nur 160,000 Dänen daselbst leben. — Er widerlegt weiter die Ausführung Reichenspergers, daß der Commissions-Antrag ebensowohl oder ebensowenig ein Vertrauensvotum enthalte wie der Heydt'sche Antrag. Der Commissions-Antrag schreibe die Richtung der preußischen Politik vor und binde an nichts, der Heydt'sche Antrag gebe der Regierung plein pouvoir und bewillige Alles. Er frage, ob Oesterreich jemals mit dem Reformprojekt hervorgetreten wäre, ob die deutschen Fürsten demselben zugejauchzt hätten, wenn nicht ein Ministerium Bismarck existirte. Die Abgg. Virchow und Löwe hätten bedauert, daß die Frage über den Zwiespalt in der liberalen Partei aufgeworfen worden; er halte es für unerläßlich, daß die Consequenzen der Beschlüsse des Hauses vollkommen klar und sicher dargestellt würden. Es sei nicht die Aufgabe des Hauses, Sympathie-Erklärungen abzugeben. Das Haus dürfe eine solche nur geben im vollen Bewußtsein der Tragweite und mit Uebernahme der vollen Verantwortlichkeit für alle Consequenzen. Er freue sich, daß diese Frage vorher aufgeworfen und nicht erst durch die Debatte hervorgerufen sei. Sollte dadurch die Zahl der für den Commissions-Antrag Stimmenden etwas kleiner werden, ihm sei es lieber, an der Zahl zu verlieren, als der Sache zu schaden, und ein Schaden würde es sein, wenn über die Consequenzen des Antrages Zweifel obwalten sollten. Der Abg. Waldeck habe vor der Annahme des Antrags gewarnt, weil derselbe der gegenwärtigen Regierung unter Umständen eine Bewilligung verheiße; er fürchte dies nicht. — Die Minister, welche zur Majorität des Hauses gehörten, hätten bewiesen, daß es ihnen Ernst sei mit dem Kampfe für das Recht und die Verfassung des Landes und daß sie sich diesem Kampfe nicht entziehen wollen. Die Consequenzeu, die der Abg. Waldeck aus dem Antrage gezogen, seien also nicht berechtigt. Der Abg. Graf Schwerin habe hervorgehoben, daß, wenn es zum Kriege komme, die Bewilligung der Mittel nicht von der Rückgängigmachung der Militairreorganisation abhängig gemacht werden könnte. Nur ein Wahnsinniger könne verlangen, daß die Organisation in einem solchen Falle auseinandergenommen werde. Komme es zum Kriege, so müsse die Organisation genehmigt werden, sie sei populair oder unpopulair; aber die Armee im Kriege könne kein Präjudiz sein für die Armee im Frieden. Auf die Eventualitäten, welche ein Krieg bringen könne, wolle er nicht eingehen; die Thatsachen, von denen sie abhängig seien, seien zu complicirt, um irgend etwas über die Folgen voraussagen zu können. Im letzten Augenblicke aber erfordere der Krieg unter allen Umständen eine concentrirte Gewalt.

Es folgen abermals persönliche Bemerkungen. Abg. Waldeck bemerkt: Wenn der Krieg komme, müsse erst unsere alte Landwehr wiederhergestelll werden; mögen die 32 neuen Regimenter ins Feld rücken, wenn man sie für künftige Landwehrregimenter erklärt; dann haben wir wenigstens nicht die Last dauernd auf den Beinen zu erhalten. — Abg. **Krieger** (Goldapp): Er habe in der Commission gegen die Motivirung auf Seite 13 des Berichts gestimmt. Seine schließliche Zustimmung habe er nur im Sinne des Abg. Löwe gegeben, nicht in dem vom Referenten entwickelten, und in jenem Sinne würde er auch hier für den Antrag stimmen. (Unruhe.) — Der Präsident unterbricht den Redner mit dem Bemerken, daß auf solche Weise die persönlichen Bemerknngen endlos würden.

Es erfolgt die Abstimmung über die drei Resolutionen durch Namens-Aufruf. Bei der Abstimmung über die v. d. Heydt'sche Resolution werden 320 Stimmen abgegeben, darunter enthalten sich 15 (polnische) der Abstimmung; mit „Nein" stimmten 268, mit „Ja" 37 Abgeordnete, die Conservativen und unter großer Heiterkeit Abg. Reichensperger, als einziges Mitglied der katholischen Fraction. Die v. d. Heydt'sche Resolution ist also mit großer Majorität verworfen.

Bei der Abstimmung über den Waldeck'schen Verbesserungs-Antrag werden 316 Stimmen abgegeben; der Abstimmung enthalten sich 15, stimmen mit „Nein" 264, mit „Ja" 37. (Heiterkeit.)

Der Waldeck'sche Verbesserungs-Antrag ist also ebenfalls mit sehr großer Majorität verworfen.

Der Commissions-Antrag wird darauf mit 231 gegen 63 Stimmen angenommen; 15 enthalten sich der Abstimmung.

Schluß der Sitzung 6¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Budgetberichte und Wahlprüfungen.

---

In der heutigen (13.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die Etats pro 1864 über die Verwaltung der direkten und indirekten Steuern, über die Einnahmen und Ausgaben aus dem Salzmonopol, der Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungs-Verwaltungs, der Telegraphen-Verwaltung, der Porzellan-Manufactur, der Gesundheitsgeschirr-Manufactur, der Verwaltung für Handel, Gewerbe- und Bausachen, der Lotterie-Verwaltung, des Seehandlungs-Instituts, des Antheils an dem Gewinn der Preußischen Bank und der Staatsschulden-Verwaltung nach den Anträgen der Commission angenommen. Demnächst erfolgten Wahlprüfungen.

## Rundschau.

### Berlin, 3. December.

— J. Maj. die Königin ist gestern Abend von Weimar aus, woselbst Allerhöchstdieselbe einige Tage im Familienkreise verlebt hat, hier eingetroffen und wurde am Bahnhofe von Sr. Maj. dem Könige empfangen, woselbst auch Feldmarschall v. Wrangel, der Stadt-Kommandant und der Polizei-Präsident Allerhöchstdieselben erwarteten.

— Der **Protest**, welchen der **Erbprinz von Augustenburg** im Jahre 1859 zur Wahrung seiner Rechte an den König von Dänemark richtete, lautet:

Sire! Ew. Majestät haben den gegenwärtig versammelten Ständen des Herzogthums Holstein den Entwurf eines Verfassungsgesetzes vorlegen lassen, in dessen erstem Artikel bestimmt ist, daß das Herzogthum Holstein mit der Ew. Majestät königl. Scepter untergebenen dänischen Monarchie durch das unter dem 31. Juli 1853 von Ew. Majestät erlassene Thronfolgegesetz für die dänische Monarchie auf immer vereinigt sei. Ich habe bei Erlassung des Thronfolgegesetzes vom 31. Juli 1853, so wie der dasselbe erwähnenden schleswigschen und holsteinischen, so wie sonstigen Verfassungen geglaubt, schweigen zu dürfen, weil entweder für diese Acte, wenigstens in ihrem meine Rechte berührenden Theil, die Zustimmung der betreffenden Landesvertretungen nicht in Anspruch genommen war, oder weil ich nicht hoffen durfte, daß meine Vorstellungen unter den damals obwaltenden Verhältnissen einen Erfolg haben würden. Gegenwärtig haben Ew. Maj. geruht, die Stände des Herzogthums Holstein auffordern zu lassen, dem Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 eine Anerkennung zu ertheilen, welche demselben freilich einen rechtlichen Werth nicht gewähren, wohl aber vielleicht die thatsächliche Bedeutung desselben erhöhen könnte. Ew. Majestät dürften zugleich, da Sie nach Alterirung der Geltung des Verfassungsgesetzes vom 2. Octbr. 1855 und nach Aufhebung eines Theiles der holsteinischen Verfassung im Begriff sind, die Verhältnisse Allerhöchstihrer Herzogthümer neu zu ordnen, in der Lage sein, den Gefühlen der Gerechtigkeit und des Wohlwollens Raum zu geben, welche ich bei Ew. Maj. persönlich nie bezweifeln zu dürfen geglaubt hube. Es wird meiner Darlegung hier nicht bedürfen, daß nach dem durch Gottes Rathschluß hoffentlich fernen Abgang des Mannsstammes der älteren königl. Linie des oldenburgischen Hauses die jüngere königl. Linie desselben nach dem Recht der Erstgeburt in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zum Thron berufen ist. Nachdem nun meines Herrn Vaters Liebden sich genöthigt gesehen hat, zu erklären, den von Ew. Majestät in Bezug auf die Erfolge gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegentreten zu wollen, folglich sich passiv zu verhalten, ist mir die Pflicht auferlegt, gegenüber dem Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 dieses mein und meines Hauses Erbrecht an den Herzogthümern Schleswig und Holstein, sowie die sonst eventuell mir und meinem Hause nach Gottes Rathschluß zufallenden Erbrechte zu wahren. Ich darf daher Ew. Maj. in tiefster Ehrerbietung zunächst bitten, die den holsteinischen Ständen vorgelegte Bestimmung über die Thronfolge Allergnädigst zurückziehen lassen, und demnächst in demselben Sinn überhaupt die zur Durchführung der unwandelbaren Grundsätze der Legitimität in Ew. Maj. gesammter Monarchie erforderlichen Schritte thun zu wollen. Sollte es jedoch Ew. Maj. unter den gegenwärtigen Umständen nicht thunlich erscheinen, dieser meiner unterthänigsten Bitte Folge zu geben, so fühle ich mich verpflichtet, zu den Füßen Allerhöchstihres Thrones in unverminderter Anhänglichkeit an Ihr hohes Haus in meinem und meines Hauses Namen die Erklärung niederzulegen, daß durch keine Maßregel, welche nicht meine persönliche und förmliche Zustimmung hat, mein und meines Hauses Erbrecht beeinträchtigt werden kann, und daß ich bei dem hoffentlich noch weit entfernten Eintritt meines Successionsrechts mich verpflichtet erachten werde, dasselbe zu seiner legitimen Geltung zu bringen. Dieses mein und meines Hauses Recht steht sowohl mit den Rechten und Interessen der betreffenden Länder, als, wie ich vertraue, auch mit den Interessen Europa's in vollem Einklang. In die Hand der göttlichen Vorsehung stelle ich mit Zuversicht die schließliche Entscheidung. Genehmigen Ew. Maj. die Versicherung der größten Ehrerbietung entgegenzunehmen, mit welcher ich verharre Ew. Majestät unterthänigster

Friedrich Christian, Prinz zu Schleswig-Holstein.
Schloß Dolzig, den 15. Januar 1859.

— Um die Unhaltbarkeit des Londoner Protokolls nachzuweisen, macht die „Allg. Ztg." darauf aufmerksam, daß dieselben Mächte, welche 1852 dies Protokoll unterschrieben, am 7. Nov. 1832 in London ein Protokoll unterzeichneten, worin sie dem König Ludwig von Bayern den griechischen Thron für seinen Sohn Otto garantirten. Dieses Protokoll — sagt das genannte Blatt — ist von denselben Mächten bei der letzten griechischen Thronveränderung völlig ignorirt worden, und der Prinz, welcher von ihnen auf den Thron des Königs Otto gesetzt wurde, ist der Sohn desselben dänischen Königs, für dessen Rechte auf Schleswig-Holstein man sich jetzt auf ein Protokoll beruft. — (Dieser Vergleich des Moniteur Cotta hinkt gar sehr. König Otto ist vor einer nationalen Revolution aus Griechenland geflüchtet. Sobald der König von Dänemark vor einer nationalen Revolution aus Scheswig-Holstein geflüchtet sein würde, dächte sicherlich auch Niemand daran, ihn auf Grund des Londoner Protokolls gegen die vollendete Thatsache der Besitzaufgabe nach Schleswig-Holstein zurückzukehren.

## Lokales und Provinzielles.

### Danzig, den 4. December.

— Von den beiden hiesigen Turn-Vereinen waren vorgestern eine Anzahl Mitglieder als Vertrauensmänner zusammengetreten, um über die Unterstützung der Schleswig-Holsteiner zu berathen. Es wurde zunächst beschlossen, einen Vorsitzenden zu wählen, zu welchem Herr Hauptmann **Pernin** einstimmig ernannt wurde. Letzterer faßte die Resolution, die Gesinnung der Vereine durch eine öffentliche Proklamation kund zu geben, Geldbeiträge zu sammeln, auch wenn es Noth thäte, Wehrkräfte zu bilden. Dieser Resolution wurde beigetreten, und nur über die Art der Proklamation noch eine besondere Besprechung vorbehalten.

— Wir können es nicht unterlassen, auf die morgen Abend im Apollosaale stattfindende Aufführung des **Paulus** aufmerksam zu machen. Denn für alle Die, welche ein wahres Kunstverständniß haben, wird dieselbe ein seltener Genuß sein.

## Gerichtszeitung.

### Criminal-Gericht zu Danzig.

[**Ein theures Vergnügen.**] Der Schiffer **Felski** aus **Graudenz** kam am 25. Nov. d. J. mit seinem Oderkahn hier an und nahm sich vor, nach den Mühseligkeiten der Reise einen vergnügten Tag zu leben. Er begab sich zu diesem Zwecke mit zwei Freunden in das Local des Herrn Kaufmann **Mierau** am Fischmarkt, um Bier zu trinken. Der eine dieser Freunde hatte jedoch keinen rechten Sinn für ein vergnügtes Beisammensein; er hatte auch nicht einmal Lust, das getrunkene Bier zu bezahlen und behauptete, als er zur Zahlung aufgefordert wurde, er hätte schon bezahlt. Bei dem Streit, der hierbei entstand, nahm Felski Partei für seinen Freund. Der Wirth, dem schließlich die Ruhe in seinem Local mehr werth war, als die Bezahlung, bat die streitenden Gäste, sein Local zu verlassen, was dieselben denn auch thaten. Vor der Thür angekommen, sagte der Freund Felski's, er müsse zurück in das Local, um seine Rechte zu wahren; denn er habe bezahlt und wolle das beweisen. — Die Gesellschaft begab sich denn auch in das Local zurück und erregte hier solchen Scandal, daß Polizeibeamte herbei geholt wurden. Unter diesen befanden sich der Polizei-Sergeant **Witt**, der ein kräftiger Mann ist und mit voller Energie zur Säuberung des Locals einschritt. Ihm widersetzte sich Felski mit großer Heftigkeit und zerriß ihm den Rock von oben bis unten. — Im Fortschritt des Kampfes wurde Felski, gleichfalls ein sehr kräftiger Mann gebunden und dann

in's Gefängniß gebracht. Gestern befand er sich aus der Haft vorgeführt, auf der Anklagebank unter der Anklage der thätlichen Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit. Er behauptete, ganz unschuldig zu sein. Fast 10 Tage schon, sagte er, sitze er im Gefängniß und wisse nicht, weßhalb. — Daß er dem Beamten den Rock zerrissen, sei richtig; aber er habe es nicht absichtlich gethan. Derselbe habe ihn mit großer Vehemenz auf die Erde zu werfen gesucht, und als er, der Angeklagte, schon im Fallen begriffen gewesen, da habe er sich nur an dem Rock festzuhalten gesucht, um den heftigen Fall nicht zu erleiden. Auf diese Weise sei der Rock zerrissen worden. Durch die Zeugenvernehmung wurde diese Behauptung jedoch widerlegt und der Angekl. zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen und in die Kosten verurtheilt. Indessen wurde aber auch beschlossen, ihn sofort auf freien Fuß zu setzen, damit er im Stande sei, die Ausladung seines Kahnes, welche seit dem 25. November auf ihn wartet, zu besorgen. Wenn Felski nun später die 14 Tage abbüßt, so bezahlt er das Vergnügen, welches er nach deu Mühseligkeiten seiner Reise sich hier zu machen suchte, mit 23 Tagen seiner persönlichen Freiheit. In Zukunft wird er gewiß vorsichtiger sein.

## Meteorologische Beobachtungen.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 3 | 4 | 333,94 | + 0,6 | Süd. mäßig, klarer Himmel. |
| 4 | 8 | 333,11 | + 0,6 | do do. bew. do. |
| | 12 | 334,19 | + 2,1 | do. do. do. |

## Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gesegelt am 3. December.
3 Schiffe m. Getreide.
Gesegelt am 4. December.
2 Schiffe mit Getreide.
Nichts in Sicht. Wind: Süd.

## Börsen-Verkäufe zu Danzig am 4. December.

Weizen, 150 Last, 134pfd. fl. 438; 133pfd. fl. 425, 430; 132pfd. fl. 410, 415, 430; 129.30pfd. fl. $422\frac{1}{2}$, 390; 128pfd. fl. 380, $382\frac{1}{2}$; 129pfd. fl. $412\frac{1}{2}$; 128.29pfd. fl. 365. Alles pr. 85pfd.
Roggen, 123.24pfd. fl. 219; 127pfd. fl. 225, 128pfd. fl. 228 pr. $81\frac{5}{8}$ resp. 125pfd.
Gerste, große 116pfd. fl. 225.

## Literarisches.

**Weihnachten naht,** und mit ihm der Tag der Bescheerung! Gute Bücher sind der schönste Schmuck des Weihnachtstisches. Wer diesen Tisch seinen Töchtern mit Büchern vom reinsten und edelsten Inhalte zieren will, dem kann ich die drei Werke der in der Frauenwelt überall gekannten und gefeierten **Frau Julie Burow: „Denksprüche", — „Blumen und Früchte"** und **„Herzensworte"** aufs Angelegentlichste empfehlen. Vor allem die Herzensworte: diese Worte, vom Herzen zum Herzen gesprochen, werden nicht verfehlen, einen dauernden Eindruck auf jedes weibliche Gemüth zu machen, und sind so im wahren Sinne des Wortes ein treuer Begleiter und Rathgeber auf dem Lebenswege unserer Töchter. — Splendide Eleganz der Ausstattung, und der Preis von 1 Thlr. 15 Sgr. sichern den schönen Büchern den ersten Platz auf dem Weihnachtstische.
Vorräthig bei
**L. G. Homann in Danzig,**
**Jopengasse Nr. 19.**

**Kirchliche Nachrichten vom 23. bis 30. Novbr.**
**Berichtigung des Aufgebots zu St. Johann.**
Der Jouvelier und Goldarbeiter Friedrich Julius **Lentz** mit Jungfrau Johanna Aurelie **Stürtz**.

Bei **L. G. Homann**
in **Danzig, Jopengasse 19,**
Kunst- und Buchhandlung, ist zu haben:

## Keine Gicht mehr!

Eine Belehrung über Entstehung des Rheumatismus und der Gicht, sowie deren Heilung im Allgemeinen; nebst Angabe eines Mittels, welches den Leidenden obiger Krankheit in allen Fällen hilft und die Gesundheit wieder herstellt. Von Dr. V. Dietrich. Neunte, mit den neuesten Attesten versehene Auflage.
**Preis 8 Sgr.**
In kurzer Zeit sind von dieser Schrift 25,000 Exempl. verkauft worden; sie bringt sichere Hilfe. Möge daher der Leidende die geringe Ausgabe nicht scheuen.
Verlag von Fürst in Breslau.

## Naturhistorische Notizen.

Unter diesem Titel ist heute erschienen und bei
**L. G. Homann,** Jopengasse 19
in Danzig zu haben ein Büchlein, welches **besonders der weibl. Jugend** den erforderlichen Memorirstoff **in der Naturgeschichte liefert,** der kurz, übersichtlich und leichtfaßlich zusammengestellt ist.
**Allen Töchterschulen** ist dieses Buch, das gebunden nur 6 Sgr. kostet, sehr zu empfehlen.

## Erstes Abonnements-Concert

**Sonnabend, den 5. December c., Abends 7 Uhr, im Apollo-Saale.**

## Paulus,

Oratorium in 2 Theilen von F. Mendelsohn-Bartholdy,
ausgeführt vom Gesang-Verein und großem Orchester. Die Soli haben gütigst übernommen: Fräul. Hülgerth, Herr L. Fischer und geehrte Dilettanten. Die Abonnementslisten liegen noch bis Ende der Woche aus in den Musikalien-Handlungen der Herren Weber, Habermann und Ziemssen, auch sind daselbst einzelne Billets à 1 Thlr. zum Saal, 15 Sgr. zum Balkon zu haben.
**Wilh. Rehfeldt.**

**Photographien des „Jüngsten Gerichtes",** in zwei Formaten: dem bereits vielfach bekannten und einem neuerdings ebenfalls aus meinem Atelier hervorgegangenen **bedeutend größeren,** beide unmittelbar nach dem in der hiesigen Marienkirche befindlichen **Memling'schen Originale nur allein von mir angefertigt,** mit dem kronprinzlichen Wappen und meinem Namen gestempelt, sind, nebst Beschreibung des Gemäldes, von A. Hinz, stets vorräthig und zu haben Korkenmachergasse 4 und Hundegasse 5. — Preis pro Exemplar resp. 2 u. 4 Thlr. — Außerdem habe ich ein **photographisches Album,** theils aus Ansichten des Interieurs der Marienkirche, theils aus Darstellungen hervorragender Kunstgegenstände in derselben bestehend, (12 Blatt; darunter **das berühmte Krucifix, die astronomische Uhr, der geöffnete Hochaltar,** sowie **das Mittelschiff mit der großen Orgel und der Taufkapelle** rc.) zusammengestellt, **welches sich zu Weihnachtsgeschenken empfiehlt** und an den obengenannten Orten vorräthig ist. Preis des ganzen Albums: 8 Thlr.; eines Heftes, (4 Blatt) nach beliebiger Auswahl: 3 Thlr.; einzelner Exemplare pro Stück 1 Thlr.
Der vorgerückten Jahreszeit wegen finden die photographischen **Portraits-Aufnahmen** in meinem Atelier **nur von 10 — 2 Uhr** statt.
**G. F. Busse,**
Kronpr. Hof-Photograph.

## Weihnachts-Anzeige.

Einem hochgeehrten Publikum erlauben wir uns die ergebene Anzeige zu machen, daß unsere

## Weihnachts-Ausstellung

mit heutigem Tage vollendet ist, daß wir unser Lager auf das Allersorgfältigste mit den empfehlenswerthesten **Weihnachtsgeschenken für jedes Alter** assortirt haben, und daß die enorme Reichhaltigkeit desselben in Auswahl und billigen Preisen alle Ansprüche zu befriedigen im Stande ist.
**Jugendschriften,** so wie **andere Geschenke senden wir bereitwilligst zur Auswahl** und fügen die höflichste Bitte hinzu, uns auch zu diesem Feste mit dem bisherigen Vertrauen gütigst zu beehren.
Durch ausführliche Inserate glauben wir das hochgeehrte Publikum mit dem Vorzüglichsten dieser Sachen bekannt zu machen und empfehlen uns hochachtungsvoll und ergebenst.
**Aufträge nach auswärts werden prompt und sofort effectuirt. Die in den Berliner Zeitungen angekündigten Bücher, Kunstsachen, sind zu gleichen Preisen bei uns zu haben.**
**Léon Saunier,** Buchhandlung für deutsche und ausländische Literatur. In Danzig: Langgasse 20. In Elbing: Alter Markt 17.

## Gesangbücher,

**Pathenbriefe, Tauf- und Hochzeits-Einladungen,** Geburtstagswünsche und dergl. Geschenke empfiehlt in größter Auswahl
**J. L. Preuss,** Portechaisengasse 3.
**NB. Reparaturen, Garnituren wie Bücher-Einbände schnell und billig.**

**Pettschafte und Wäschestempel mit Vor- und Zuname** hält stets Lager
**J. L. Preuss,** Portechaisengasse 3.

## Für Kaufleute und Schuhmacher!

Der Unterzeichnete empfiehlt alle Arten Schuhe und Stiefel eigner Fabrik zu auffallend billigen Preisen. Namentlich Damen-Gamaschen in Serge de Berry, sowie Mädchen- und Kinderschuhe in allen Größen. Preis-Courant auf franco Anfrage gratis
**Gustav Kleine** in Naugard.
**Fabrik in der Königl. Straf-Anstalt.**

**Adalbert Siegel,**
**Danzig, Baumgartschegasse No. 2,**
empfiehlt sich bei vorkommenden Festlichkeite zur Annahme **jeder Musik-Aufführung.**

## Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 6. December. (Abonnement suspendu.)
**Der Waffenschmied.** Komische Oper in 3 Akten von Lortzing. Vorher: **Wenn Frauen weinen.** Lustspiel in 1 Akt von Winterfeld.

## Frische Rheinische Wallnüsse

à 2 Sgr. pro Schock, zu haben bei
**A. Ganswindt,**
Frauengasse Nr. 11, 1 Treppe.

## Restitutions - Fluide

von
Herren **Gebr. Engel** in Wrietzen a. O., anerkannt bestes Mittel bei Lahmheiten der Pferde und Rinder, welche in Rheumatismus, Verrenkung, Verstauchung, übermäßiger Dehnung der Gelenk-Bänder, kurz in Lauf oder Zug ihre Ursache finden, empfiehlt die Hauptniederlage für Danzig
**Alfred Schröter,** Langenmarkt 18.

## Verpachtung.

Mehrere Wirthschaften mit $1\frac{1}{2}$ bis 2 Hufen Acker- und Wiesenland nebst Gebäuden sollen vom Frühjahre ab auf mehrere Jahre verpachtet werden. Pachtlustige können sich melden bei
**Arnold in Osterwick.**

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.